Nummer 259 — 31. Jahrgang

Erscheint 6mal wöchtl. mit illustr. Gratisbeilagen „Heimat und Welt" und der Kinderbeilage „Für unsre kleinen Leute", sowie den Lesebeilagen „Unterhaltung und Wissen", „Die praktische Hausfrau", „Das gute Buch". Monatlicher Bezugspreis Ausgabe A mit St.-Benno-Blatt ℳ 2.70 Ausgabe B ohne St.-Benno-Blatt ℳ 2.20 Einzelnummer 10 ₰ Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 ₰. Hauptschriftleiter: Dr. G. Todtzeck, Dresden.

Ausgabe A und B

Freitag, den 4. November 1932

Verlagsort: Dresden

Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Petitzeile 30 ₰, Familienanzeigen u. Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 89 mm breit, 1 ℳ. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 ₰, die Petitreklamezeile 1.30 ℳ. Briefgeb. 30 ₰. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Geschäftlicher Teil: G. Winkel, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania, Buchdruckerei und Verlag Dresden-A. 1, Pollerstr. 17. Fernruf 21 012. Postscheckkonto Dresden 1036. Bankkonto Stadtbank Dresden Nr. 94787.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1 Pollerstraße 17. Fernruf 20711 und 21 012.

Burgfrieden nach der Wahl

Oeffentliche politische Versammlungen in der Zeit vom 6. bis 18. November verboten

Und die sächsische Gemeindewahl?

wtb. Berlin, 3. November.

Der Herr Reichspräsident hat durch eine auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung erlassene Verordnung ein mit dem Wahltag in Kraft tretendes Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen, also auch solcher in geschlossenen Räumen, erlassen, das zu dem in Kraft bleibenden Demonstrationsverbot hinzutritt. Das Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen ist auf die Tage vom 6. bis 19. November 1932 befristet.

Zweck dieses Verbotes ist es, daß nach Abschluß des Wahlkampfes eine Entspannung der durch den Wahlkampf hervorgerufenen starken politischen Erregung eintritt und daß den Polizei-Beamten, an deren Dienst die letzten Wochen erhöhte Ansprüche gestellt worden sind, eine Ruhe- und Erholungspause gegönnt wird.

•

Das Bestreben der Reichsregierung, nach der Reichstagswahl eine Beruhigung der aufgewühlten politischen Leidenschaften herbeizuführen, muß man an sich begrüßen. Wenn man auch dazu bemerken darf, daß ohne die leichtfertige Auflösung des erst am 31. Juli d. J. gewählten letzten Reichstages durch eben diese Reichsregierung der ganze Wahlkampf nicht notwendig gewesen wäre. Von der Erregung der politischen Leidenschaften hat man ja auch, soweit man von Ausschreitungen einzelner radikaler Elemente absieht, in den letzten Tagen nicht allzu viel bemerkt. Immerhin wird man den auch so schwer geplagten Polizeibeamten diese Erholungspause von Herzen gönnen.

Mit großem Interesse muß man der Stellungnahme entgegensehen, die die sächsische Regierung zu diesem Erlaß einnehmen wird. In Sachsen finden bekanntlich am 13. November Gemeindewahlen statt.

Es ist nur schwer denkbar, daß die Propaganda für die Gemeindewahlen, die sich naturgemäß auf die Woche zwischen dem 6. und 13. November zusammendrängen mußte, völlig unterbunden werden soll.

Wir glauben, daß die sächsische Regierung gut tun wird, um den Vorwurf zu vermeiden, daß die Kommunalwahlen 1932 in einem Zustande der beschränkten Wahlfreiheit durchgeführt worden sind, bei der Reichsregierung eine Ausnahme für das sächsische Staatsgebiet zu erwirken. Selbstverständlich könnte diese Ausnahme dahin beschränkt werden, daß nur kommunalpolitische Versammlungen in Sachsen für die Zeit vom 7. bis 12. November freigegeben werden.

Sachsen verlangt Ausnahmebewilligung

Dresden, 3. November.

Wie wir erfahren, ist die sächsische Regierung sofort nach Bekanntwerden der neuen Verordnung des Reichspräsidenten im Hinblick auf die am 13. November in Sachsen stattfindenden Gemeindewahlen beim Reichsministerium des Innern um eine Ausnahmebewilligung für die Zeit vom 6. bis 13. November vorstellig geworden.

Volk ohne Außenpolitik — Außenpolitik ohne Volk

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

W. H. Eigentlich ist es lange her, daß Außenpolitik als ausschließliche Angelegenheit der Kabinette betrachtet wurde. Jeder verantwortungsbewußte Staatsmann sucht heute neben den äußeren Machtfaktoren eine möglichst starke und breite Volksstimmung hinter seine außenpolitischen Aktionen zu bringen und sich durch Mobilisierung der öffentlichen Meinung einen starken Rückhalt gegen die Kompromißversuche der Gegenseite zu schaffen. Das geschlagene Deutschland, der äußeren Machtmittel beraubt, bedarf in besonderer Weise der Unterstützung der Nation und der Mobilisierung der öffentlichen Meinung, und in den zwölf Jahren einer viel verlästerten „Parteiherrschaft" haben sich deutsche Reichsregierungen in entscheidenden Augenblicken stets auf die Unterstützung und den Einsatz weitester Volkskreise stützen können. Die Weimarer Parteien, denen man heute zum Dank dafür das Schandmal der Vaterlandslosigkeit aufdrücken möchte, haben den Kampf um die Befreiung von Besatzung und Reparationen entscheiden helfen und haben ohne Rücksicht auf Prestige- oder Parteiinteressen auch schweren Opfern zugestimmt, wenn höhere Staatsnotwendigkeiten diesen Weg vorschrieben. Daß dieser Weg richtig und erfolgreich war, bewiesen jene Deutschnationalen, die dem Dawesplan zur Annahme verhalfen, jene Nationalsozialisten und Stahlhelmer, die durch ihre private Außenpolitik in London und Paris ihre eigenen Parolen Lügen straften, jene Mitglieder des heutigen Reichskabinetts, die den Weg Stresemanns und Brünings bereitwillig mitgegangen sind. Einer „grundsätzlichen neuen" Staatsführung blieb es vorbehalten, Außenpolitik ohne Volk zu machen und fehlende Machtmittel durch dröhnende Worte zu ersetzen, eine Außenpolitik, von der niemand weiß, ob sie noch existiert und nicht vielleicht bloß die Reflexerscheinung des zielbewußten Handelns der Gegner ist.

Wir sind auf den Einwand gefaßt, daß wir die außenpolitische Stellung der gegenwärtigen Reichsregierung aus innerpolitischen Gründen schwächen wollten. Nichts liegt uns ferner als das. In dieser wie in so mancher anderen Hinsicht würden wir es für verantwortungslos halten, die demagogischen Methoden der früheren „nationalen" Opposition nachzuahmen, indem wir die Kompetenzen der Reichsregierung zum außenpolitischen Verhandeln bestritten. Ob dieses Kabinett auf den Schultern einer Volksmehrheit steht, wie die Regierung Brüning, oder ob sich 90 Prozent des deutschen Volkes zu ihr im Gegensatz befinden, ist rein verhandlungstechnisch gesehen, ohne Bedeutung. Wir bestreiten nicht die Kompetenz dieser Reichsregierung, außenpolitische Verhandlungen zu führen, sondern ihre Fähigkeit, aus diesen Verhandlungen den größten Nutzeffekt zu ziehen und sie mit dem Nachdruck zu lenken, wie dies der schicksalshaften Schwere der zur Verhandlung stehenden Fragen angemessen ist. In den Kulturländern ist man nun einmal gewöhnt, die Stärke einer Regierung nicht nur nach ihrer Entschlossenheit, und ihren innerpolitischen Machtmitteln, sondern auch nach ihrer Verbundenheit mit dem Volkswillen zu beurteilen und daher die Verhandlungsfähigkeit der heutigen Reichsregierung nicht eben hoch zu veranschlagen. Trotz der Fülle der Macht, welche die amerikanische Verfassung dem USA.-Präsidenten gibt, pflegt sich dieser nicht ohne Grund in den letzten Monaten vor den Neuwahlen einschneidender außenpolitischer Schritte zu enthalten, und Tardieu hat sicherlich Recht daran getan, als er in seiner Genfer Unterhaltung immer wieder auf den ungewissen Ausgang der französischen Kammerwahlen hinwies. Die imponierenden Mehrheiten, mit denen Herriot aus den Kammerabstimmungen hervorgegangen ist, sind ihm nicht in den Schoß gefallen, sondern im Hinblick auf die außenpolitische Wirkung sorgsam geschaffen worden, und MacDonalds große Ottawa-Mehrheit war das einzige Mittel, um das weitere Abbröckeln der Empire-Front zu verhindern. Selbst Mussolinis Regime stände nach außen hin nicht so stark da, wenn er sich nicht auf eine starke latente Volksmehrheit verlassen könnte, die der einzigartigen staatsmännischen Persönlichkeit des Duce Vertrauen schenkt.

Vor der Entscheidung über die Kontingente

cub. Berlin, 3. November. (E. M.)

Das Reichskabinett hat sich heute vormittag um 11.30 Uhr wieder versammelt, um die gestern begonnenen Beratungen fortzusetzen. Im Vordergrund der Beratungen steht die Kontingentsfrage. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß das Kabinett hierzu heute eine Entscheidung treffen wird.

Reichsrat zum Preußen-Konflikt

Berlin, 3. November.

Im großen Reichsratssitzungssaal trat heute vormittag der Reichsratsausschuß für Verfassungs- und Geschäftsordnungsfragen zusammen. Den Vorsitz übernahm Reichsinnenminister Freiherr von Gayl selbst, der in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Zweigert, des Ministerialdirektors Dr. Stotzheimer und anderer Beamten seines Ministeriums erschienen war. Für Preußen waren die Ministerialdirektoren Brecht und Badt anwesend. Außer den Ländern, die durch ihre Hauptbevollmächtigten vertreten waren, waren auch die preußischen Provinzvertreter vollständig erschienen. Auf der Tagesordnung steht offiziell die Geschäftslage des Reichsrats. Tatsächlich handelt es sich jedoch um eine Sitzung, die als

Ersatz für eine öffentliche Auseinandersetzung zwischen dem Reich und der preußischen Regierung

zwischen beiden vereinbart worden ist, damit eine vertrauliche Aussprache über die Differenzen stattfinden kann. Ein Antrag auf Einberufung des Ausschusses lag schon seit längerer Zeit von dem Vertreter der Rheinprovinz, Dr. Hamacher, vor. Diesem Antrag wurde sofort mit der Besprechung verbunden.

Die Sitzung des Reichsrats war von etwa einstündiger Dauer. Man einigte sich dahin, daß in der nächsten Woche eine neue Sitzung des Verfassungsausschusses stattfinden soll, in der die Verfassungsfragen besprochen werden sollen. Im Anschluß an die heutige Sitzung fand jedoch eine interne Besprechung der Hauptbevollmächtigten der verschiedenen Länder ohne Beteiligung der Reichsregierung über das weitere Verhalten der Länder statt.

Auch die interne Besprechung der Ländervertreter dauerte nur kurze Zeit.

Sowohl die Ausschußsitzung als auch diese Konferenz waren streng vertraulich;

irgendwelche Auskünfte über den Verlauf der Besprechungen waren nicht zu erlangen. Der endgültige Termin für die nächste Ausschußsitzung steht noch nicht fest; es ist lediglich in Aussicht genommen, daß sie Ende nächster Woche stattfinden soll.

Der Grund für den Rücktritt Zaleskis

wib. **London**, 3. November. Der Pariser Korrespondent der Morning Post glaubt, der Hauptgrund für den Rücktritt Zaleskis sei der Beschluß der polnischen Regierung, den polnisch-russischen Nichtangriffspakt zu ratifizieren, ohne den Abschluß der entsprechenden russisch-rumänischen Verhandlungen abzuwarten.

Echo de Paris findet die Ernennung des Obersten Beck, der im Februar der französischen Militärmission in Polen mit einer aufsehenerregenden brüsken Geste ein Ende gesetzt habe, bedenklich. In dem Augenblick, da Zaleski von der politischen Bühne abtrete, belebe sich die Polemik zwischen Warschau und Bukarest. Dieses Zusammentreffen sei vielleicht nicht zufällig.